des Besoldungssperrgesetzes. Seine Auswirkungen in der Praxis, insbesondere den Gemeindebeamten gegenüber, haben neben kärglichen Erfolgen eine Unsumme von Rechtsunsicherheit und Verärgerung mit sich gebracht.

Die ganze Entwicklung muß lehren, daß es allerhöchste Zeit ist, dem alten, bewährten System [illegible] Scheidung der Steuerquellen zwischen Reich, Staat und Gemeinden dem Grundsatze der finanziellen Selbstverantwortung und Selbstverwaltung sich wieder zuzuwenden. Wir vergleichen die heutige Zeit [illegible] gern mit den Jahren im Anfang des vorigen Jahrhunderts. Damals bereitete der Frhr. v. Stein die Erhebung und Befreiung des Vaterlandes vor durch Wiedererweckung der Selbstverantwortung und Selbstverwaltung. Auch heute kann unser Weg kein anderer sein.

Gegenüber dieser grundsätzlichen Auffassung von der dringenden Reformbedürftigkeit der Finanzgesetzgebung kann das nunmehr verabschiedete Landessteuergesetz nur als ein nach fast allen Richtungen ungenügendes Provisorium gewertet werden. Die beschlossene Befristung bis zum 1. April 1925 gibt dem den äußeren Ausdruck. Immerhin war die Verabschiedung notwendig, damit endlich einmal eine rechtliche Grundlage für das Verhältnis der Länder und Gemeinden zum Reich — insbesondere für die Zahlung von drei Vierteln der Beamten- und Angestelltengehälter — und ein zuverlässiger Verteilungsschlüssel für die Steueranteile geschaffen wurde. Die Erhöhung des Einkommensteueranteils für Länder und Gemeinden von ⅔ auf ¾, insbesondere aber die Vermehrung des Anteils der Gemeinden an der Umsatzsteuer von 5 auf 15 Prozent — besonders wichtig, weil die Umsatzsteuereinnahmen automatisch der Geldentwertung folgen —, endlich eine Anzahl von Leitsätzen, den Gemeinden überwiesenen Besteuerungsmöglichkeiten werden immerhin eine gewisse, wenn auch unzureichende Besserung der finanziellen Lage der Gemeinden herbeiführen können.

Die wertbeständigen Löhne.

Berlin, 23. Juni. Im engeren Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft fand die angekündigte Aussprache zwischen Arbeitgebern und Vertretern der Spitzengewerkschaften über das Problem der wertbeständigen Löhne statt. Im Laufe der mehrstündigen Verhandlungen begründeten die Gewerkschaften ihren bekannten Standpunkt zu der Frage der Einführung [illegible] zu regelnder Grundlöhne, zu denen dann während der Tarifperiode der Geldentwertung und einem [illegible] zu findenden Index entsprechende Teuerungszuschläge treten sollen. Von gewerkschaftlicher Seite wurde dazu betont, daß die Festsetzung der Grundlöhne Sache der Vereinbarungen zwischen den einzelnen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sein müsse, daß aber für die Anwendung des Schlüsselverfahrens für die Teuerungszuschläge ein zentrales Abkommen der Spitzenverbände zu treffen sei, andernfalls die Gewerkschaften auch ohne die Arbeitsgemeinschaft an die Festsetzung des Schlüsselverfahrens herangehen würden.

Die Vertreter der Arbeitgeber erklärten, zu diesem Problem noch keine Stellungnahme bekanntgeben zu können. Sie äußerten aber zu verschiedenen von den Gewerkschaftsvertretern vorgebrachten Einzelheiten ihre Bedenken. Sie wiesen u. a. darauf hin, daß sowohl bei der Indexaufstellung wie bei der Geldbeschaffung erhebliche technische Schwierigkeiten zu erwarten seien, und daß man bezweifeln müsse, ob die Arbeiter mit den Ergebnissen des neuen Systems zufrieden sein würden.

Schließlich wählte man eine aus je vier Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehende Kommission, die in den nächsten Tagen die Einzelheiten der Vorschläge prüfen soll.

Rathenau-Gedächtnisfeiern.

Berlin, 24. Juni. In Gegenwart des Reichspräsidenten fand heute im Auswärtigen Amt eine schlichte Gedächtnisfeier für Walter Rathenau statt. Die Gedenkrede hielt der Gesandte von Maltzan. Der Redner behandelte die Beziehungen Walter Rathenaus zur auswärtigen Politik und zum Auswärtigen Amt. Er führte aus, daß Rathenaus starker und hoher Patriotismus, der gerade in dem Reichtum seiner internationalen Erfahrungen wurzelte, ihn an die Stelle führte, an der die wichtigsten Entscheidungen fallen mußten. Er charakterisierte sodann die Grundsätze der Politik Rathenaus, die, auf die Eigengesetzlichkeit des Wirtschaftslebens gegründet, gerade in den wirtschaftlichen Fähigkeiten des deutschen Volkes die Möglichkeit seiner Gesundung und seines Wiederaufstiegs erblickte, und schloß mit einem Appell an die Beamten des auswärtigen Dienstes, im Sinne Rathenaus die Bedeutung ihrer Arbeit zu fühlen, und jeder auf seinem besonderen Arbeitsfeld, Initiative zu entwickeln.

Berlin, 24. Juni. Dem Gedenken Walter Rathenaus widmete der deutsche Republikanische Reichsbund am Sonntag nachmittag unter gewaltiger Beteiligung im Plenarsaale des Reichstages eine Feier. Für das Präsidium des Reichsbundes gab Konrad Hänisch in bewegten Worten eine Schilderung der Mordtat an Rathenau vor einem Jahre und ihrer Folgen. Dann sprach Fritz von Unruh eine für diesen Tag verfaßte eigene Dichtung, welche die Versammlung stehend anhörte. Ein Andante von Schubert bildete den Auftakt zu einer großen vom Geiste der Erinnerung getragenen Gedächtnisrede des ehemaligen Reichsministers und Mitglieds des Preußischen Landtages Dr. Hugo Preuß über Rathenau als Mensch und Politiker. Am Grabe Rathenaus wurden zahlreiche Kränze niedergelegt. Der Kranz des Republikanischen Reichsbundes trägt als Aufschrift die letzten Worte Rathenaus in Genua „Friede, Friede, Friede".

Eine „unpolitische" Rede des Reichskanzlers.

Königsberg, 24. Juni. Anläßlich der landwirtschaftlichen Ausstellung der deutschen Ostmesse, zu deren heutigen Eröffnung mehrere Mitglieder des Reichskabinetts anwesend waren, nahm Reichskanzler Dr. Cuno Gelegenheit zu einer Ansprache. Er betonte zunächst, daß er keineswegs eine politische Rede halten wolle, daß ihm gegenwärtigen Augenblick die persönliche Fühlung von Mensch zu Mensch ohne Unterschied des Standes und der Partei als wesentlich erscheint. Ostpreußen ist in seiner Wirtschaft vom Reiche vollkommen unabhängig und ganz auf sich selbst angewiesen. Gerade deshalb ist es aber im Hinblick auf die schwer betroffene Wirtschaft geeignet, ein Beispiel zu sein für das, was aus Deutschland werden solle. Es ist meine tiefste Ueberzeugung, daß wir ebenso wie das Rheinland oder das Ruhrgebiet Ostpreußen nicht vergessen werden und Ostpreußen nicht vergessen werden darf. Seien Sie überzeugt, die Regierung wird Ostpreußen nicht vergessen. Angesichts der gegenwärtigen Lage taucht überall die Frage auf, was die Zukunft uns bringen wird. Man blickt dabei nach der feindlichen Besetzung im Westen. Die deutschen Männer halten dort fest und werden festhalten wie am ersten Tage, ja vielleicht noch fester. Alle versichern sie, daß sie nichts hoffen vom Reiche. Wir aber, die wir auf sie bauen, müssen unsere Politik für sie geeignet gestalten. Das sind wir ihnen schuldig. Wir müssen aber auch darauf bedacht sein, die Leiden dieser Männer zu verkürzen. Die Reichsregierung hat nicht gleichgültig und nicht leichten Herzens in der Ruhrfrage [illegible], sie werde keinen anderen Weg einschlagen als den,

Poincare und seinen Anhängern angesichts dieser widerwärtigen Beleidigung Deutschlands ein „Nein" entgegenzurufen.

Doch nur solange soll dieses Nein gelten, als es im Interesse der freien Wirtschaftsentwicklung und im Interesse der Souveränität Deutschlands erforderlich ist, und daraus erklärt sich auch der Versuch der Regierung, eine Lösung der Reparationsfrage zu finden. Es hat keinen Sinn, politische Ideale zu betreiben mit Kräften, die zu schwach sind, diese zu verwirklichen. Wir brauchen eine Politik der praktischen Erwägung und eine Politik, die auf dem Boden der Tatsachen und des praktisch Erreichbaren steht. Weiter führte der Reichskanzler aus, daß es das Ziel und die Aufgabe der Reichsregierung gewesen sei und jetzt noch sei, die Länder, die am Friedensvertrage interessiert sind, zu überzeugen, daß unser Vaterland frei sein muß von den Hindernissen einer wirtschaftlichen Entwicklung. Nur auf diesem Wege sei das zu erreichen möglich. Dieses Ziel hat die Regierung auch in ihrem Memorandum erreicht.

Die Welt ist nicht mehr [illegible] wie bisher.

Nicht mehr [illegible] die englische und die italienische Regierung den Ereignissen im Ruhrgebiet teilnahmslos gegenüber. Beide Länder stehen nicht mehr bedingungslos an der Seite Frankreichs. Freilich, Poincaré ist nicht verhandlungswillig, ebenso jetzt wie bisher. Er verlangt eben die Aufgabe des passiven Widerstandes. Aber keine Regierung kann den passiven Widerstand, der gekommen ist aus den Herzen der Bevölkerung an Ruhr und Rhein, weil er eben jenen deutschen Männern mit unermeßlicher Entschlossenheit aus dem Herzen wächst, und den wir auch nicht aufgeben können, weil wir es den Männern, die ihr Leben dabei dem Vaterlande hingegeben haben, und denen, die in den Gefängnissen sitzen, schuldig sind. **Poincaré ist nicht verhandlungswillig.** Nur dann wird er es werden, wenn das deutsche Volk sich einig fühlt in seinen Gliedern, wenn es durchhält und aushält im unbesetzten Gebiet. Wenn man aus dem besetzten Gebiet kommt, so kommt man erfrischt und gestärkt zurück. Trotz vier Jahren Krieg und vier Jahren Friedlosigkeit und den vielen unsäglichen Leiden halten sie dort treu zum Reiche fest. Auch wir hier in der Heimat stehen an der Front, ohne daran zu denken. Man denke jetzt Jeder nur daran denken: Was dient dem Vaterlande? Die Reichsregierung wird ohne alle Rücksicht gegen diejenigen vorgehen, die sich dieser Sorge zu entziehen versuchen. Aus dieser Tatsache ergibt sich die Notwendigkeit für jede Regierung, mit drakonischen Maßregeln in dieser Richtung vorzugehen.

Ein Pariser Dementi.

Paris, 25. Juni. Vom französischen Außenministerium wird bezüglich der Enthüllungen des „Observer" eine Mitteilung in die Pariser Presse lanciert, nach der die Existenz eines Tirard-Berichtes über Frankreichs Bündnis mit Dr. Dorten abgeleugnet wird.

*

Es war zu erwarten, daß die Pariser Dementiermaschine nach den Enthüllungen des „Observer" sofort kräftig in Gang gesetzt würde. Der „Observer" aber hat sich gewiß nicht düpieren lassen, — dazu stehen viel zu gewissenhaft arbeitende Männer an seiner Spitze. Wer die Verhältnisse im Rheinlande kennt und mit Dr. Dorten wie mit Tirard sich eingehender befaßt hat, weiß, wie eng die beiden liiert sind. Das stützt den Bericht, welchen der „Observer" veröffentlicht und läßt an der Echtheit des Originals trotz des „languarten" Pariser Dementis keinen Zweifel.

Neuer Zwischenfall in Mainz.

Aus dem Ruhrgebiet, 25. Juni. Im Norden des Ruhr, das infolge der bekannten blutigen Ereignisse durch einen besonderen Truppenkordon abgesperrt ist, kam es in der vergangenen Nacht zu einem neuen Zusammenstoß. Wie verlautet, soll ein belgischer Oberleutnant schwer verwundet oder getötet worden sein. Einzelheiten sind infolge der Absperrung des Ortes durch die Belgier bisher nicht in Erfahrung zu bringen gewesen.

Ein französischer Posten knallt Franzosen nieder.

Herne, 25. Juni. Am Personenbahnsteig auf der Station Baukau wurde in der Nacht zum Sonnabend ein französischer Kapitän und ein Feldwebel von einem französischen Posten erschossen. Der Offizier, der sich in Begleitung eines Feldwebels und eines Ingenieurs befand, hatte dem Anrufe des Soldaten keine Beachtung geschenkt. Der Posten gab hierauf seiner Instruktion gemäß Feuer. Schon durch den ersten Schuß wurde der Kapitän getötet. Der Feldwebel wurde schwer verletzt und ist noch am Sonnabend gestorben.

Der Mord an Feldhoff.

Recklinghausen, 25. Juni. Zur Erschießung des Konditors Feldhoff durch französische Soldaten ist noch zu berichten: Der schwerverletzte Feldhoff wurde im Todeskampf hilflos auf der Straße liegen gelassen. Unter Stöhnen und Schmerzen wälzte sich der Niedergeschossene in der Glasscherbenstraße. Der ganze Ausfallweg war von französischen Posten abgesperrt worden. Dem Publikum war es nicht möglich, Feldhoff vor dem Ableben irgendeine Erleichterung zu verschaffen. Erst eine Stunde nach Eintritt des Todes gelang es dem Publikum, die Leiche Feldhoffs in eine benachbarte Konditorei zu bringen. Der herbeigerufene Arzt konnte jedoch nur noch den Tod feststellen.

Die gesamten Ruhrkohlen beschlagnahmt.

Paris, 25. Juni. Die Zeitungen veröffentlichen eine neue Verordnung Degouttes vom heutigen Tage, in dem die gesamten Kohlen des Ruhrgebietes zugunsten der französischen Besatzung beschlagnahmt werden.

Weitere Besetzung in Baden.

Leopoldshafen, 25. Juni. Sonntag vormittag trafen hier französische Quartiermacher ein, die für zwei Offiziere, 4 Unteroffiziere und 60 Mann Quartier machen wollten. Danach sollte Leopoldshafen besetzt werden. In den Nachmittagsstunden trafen die Besatzungstruppen ein.

Leopoldshafen liegt eine Stunde von Karlsruhe. Der Ort besaß früher einen Rheinhafen, der aber schon seit einem Jahrzehnt stillgelegt ist.

Sperrung der Brücke bei Mainz.

Karlsruhe, 24. Juni. Wie der „Staatsanzeiger" meldet, haben die Franzosen die Rheinbrücke bei Mainz seit heute morgen für jeden Verkehr gesperrt. Die Sperrung soll mit der Entgleisung eines französischen Güterzuges in Zusammenhang stehen.

Das belgische Kabinett gesichert?

Paris, 25. Juni. Aus Brüssel wird gemeldet: Es bestätigt sich, daß Theunis sich dem Parlamente noch im Laufe dieser Woche mit allen seinen früheren Mitarbeitern vorstellen wird. Es sei immerhin noch möglich, daß sich der eine oder andere Minister aus persönlichen Gründen zurückziehen könne. Unter keinen Umständen wird sich das Kabinett von dem vorhergehenden unterscheiden. Dem „Temps" wird zu den ganzen Krise gemeldet, daß an der äußeren Politik Belgiens während der ganzen Zeit nicht die geringste Erschütterung eingetreten sei.

Aus aller Welt.

Der Ausbruch des Aetna. Der große gegen Linguaglossa fließende Lavastrom rückte um 100 Meter vor. Die anderen, in der Richtung Linguaglossa fließenden Lavaströme kamen zum Stillstand. Die Gefahr für Linguaglossa dauert an. Das Vorrücken der Lava in der Richtung Castiglione ist fast unmerklich, ebenso hat das Vorrücken gegen Lorina fast aufgehört.

Fliegende Löwen. Auf dem Flugplatz von Croydon ereignete sich jüngst der bisher beispiellose Fall, daß drei junge Löwen in ein Flugzeug steigen und durch die Luft nach Paris befördert wurden. Es handelte sich um Tiere, die rechtzeitig auf dem berühmten Neuilly-Tiermarkt eintreffen sollten, der alljährlich im Juni stattfindet. Da der Tierhalter den Anschluß mit der Eisenbahn verpaßt hatte, blieb nur die Luftpost als einzige Möglichkeit übrig. Wie verlautet, haben die drei Löwen die Reise durch die Luft gut überstanden.

Junggesellensteuer in Estland. Das estländische Parlament wird sich demnächst mit einem Gesetzentwurf befassen, der eine progressive Junggesellensteuer für Estland vorsieht. Die Steuer soll mit dem Einkommen und mit dem Alter der Steuerpflichtigen bis zum 45. Lebensjahre wachsen, wobei nach einem Variante die Steuer mit dem 50., nach einer anderen mit dem 55. Lebensjahre erlischt. Auch die oberste Steuerbehörde in Lettland trägt sich mit dem Plan einer Junggesellensteuer.

Freistaat Sachsen.

gk. **Eisenbahnpräsident Mettig über den Vorortverkehr.** Der Bund deutscher Verkehrsvereine hält zurzeit in Dresden seinen Verbandstag ab. Er begann mit der Tagung von Führungsausschüssen. Von allgemeinem Interesse war am Sonnabend nachmittag die Sitzung des deutschen Ausschusses für Vorortverkehr im Ausstellungsgebäude. Die Sitzung fand unter dem Vorsitz von Bürgermeister Dr. Wittgenstein (Bremen-Vegesack) statt. An der Sitzung nahm als Vertreter des Reichsverkehrsministeriums Präsident Mettig von der Reichsbahndirektion Dresden teil. Der Vorsitzende führte kurz die Notwendigkeit noch einmal aus, daß das Wohnen außerhalb der Städte durch eine Verbilligung des Vorortverkehrs erleichtert werden müßte. Die Wohnungsnot könne nur durch das Bauen von kleinen Wohnhäusern beseitigt werden; nur dieses Wohnen sei [illegible], bei dem Gelegenheit gegeben sei, den notwendigen Gemüsebedarf für den Haushalt selbst zu gewinnen. Zerstreutes Wohnen sei aber nur durch eine Verbilligung des Vorortverkehrs zu erreichen. Auf Veranlassung des Ausschusses habe sich durch Vertreter des Preußischen Staates ein Ausschuß beim Reichsrat gebildet, der die Anträge in bezug auf die Verbilligung des Vorortverkehrs geprüft hat. Als Ergebnis der Arbeiten sei zu verzeichnen, daß für die Kleingartenbesitzer ein ermäßigter Sondertarif eingerichtet sei. Ebenso wurden die ermäßigten Karten für Landwirtschaftsschüler auch an alle anderen Lehrlinge ausgegeben. Es sei aber vor allem zu erstreben, daß den Arbeitern der außerhalb der Großstadt Wohnenden nach der Stadt als dem Geschäfts- und Kulturzentrum erweitert werden müsse. Für die Verbilligung des Vorortverkehrs sollten die einzelnen Reichstagsabgeordneten der Großstädte für den Ausbau gewonnen werden. Jetzt interessiert werden. In der Debatte wurde besonders betont, daß die Monatskartentarife wieder eingeführt werden müßten, ferner daß auch Sonntagskarten für den Verkehr nach der Großstadt ausgegeben [illegible]. Vertreter von Breslau, Plauen, Falkenau, Kassel, Stuttgart, Essen ein. Dr. Weber (Magdeburg) forderte die Vereinfachung der Tarife für den Vorortverkehr auf [illegible] Kilometer. Auch Präsident Mettig gab interessante Anregungen. Die Materialpreise seien derartig gestiegen, daß das 13000fache des Friedenspreises gefordert werden müsse, wenn die Reichseisenbahnverwaltung auskommen wolle, während jetzt nur das 5000fache erhoben werde. Jede Verbilligung müsse einen starken Ausfall bringen. Uebrigens bestünden Wochen- und Monatskarten für die, die nicht zwischen Stadt und Vorort hin- und herfahren müßten. In letzter Zeit die Ermäßigung [illegible] gegen 7½ u. 5. Man möge auch bedenken, daß es 87 Sorten Beförderungskarten gebe. Es frage sich vor allem, ob die Gründe für eine Verbilligung des Vorortverkehrs so schwerwiegend seien, daß die Verwaltung die Fahrpreise noch mehr für den Vorortverkehr verbilligen soll. Es gebe so vieles, was dafür spreche, und der Verkehr würde sich ja auch wesentlich steigern, wenn man zu einer Verbilligung komme, aber schließlich werde man zur Unwirtschaftlichkeit kommen und aus Steuermitteln große Zuschüsse fordern müssen.

Dresden.

Der gestrige Johannistag

gab, wie immer, in pietätvoller Weise durch den Gang nach dem Friedhof und durch den Schmuck der Gräber den Verstorbenen. Dem rasch pulsierenden Leben der Stadt und ihrer Vororte merkt man äußerlich dieses Gedenken der Toten nur durch die Menge der Blumen und Kränze nach den Friedhöfen tragenden Hinterbliebenen an, aber draußen auf den Friedhöfen, da sieht man den Johannistagszauber, der sich in einer Fülle über die Gräber ausgebreiteten Blumengaben kundgibt und zu Trauer und Schmerz die Freude mischt, daß der Friedhof zum blühenden, duftenden Garten wird, in dem die Heimgegangenen ohne Unterschied ihres gewesenen Daseins nach überstandenem Leid zur ewigen Ruhe gebettet sind. Selig preist man die Toten, und die Stätte der Verstorbenen ist am Johannistage ganz dazu angetan, auch den Lebenden im Herzen Ruhe und Frieden zu geben. Wer gestern oder am Sonnabend zum Johannistag die Friedhöfe durchwandelte, der konnte sich von dem Gesagten überzeugen. Das Wetter hatte sich zum Besseren gewendet und begünstigte die Massenwanderung nach den Gräbern. Ueberall fanden erhebende Johannisfeiern statt. Immer mehr bürgert sich diese schöne Sitte ein.

Wettervorhersage.

Zunächst wolkig mit zeitweiser Bewölkungsabnahme, später zunehmende Neigung zu gewitterartigen Störungen. Temperatur wenig geändert. Schwache westliche Winde.